

Fragen zur Razzia

**Abgeordnete Naaß wendet sich an
das Innenministerium – Verbot?**

WEISSENBURG – Die SPD-Landtagsabgeordnete Christa Naaß hat sich wegen der bayernweiten Razzien gegen das militante Neonazi-Netzwerk „Freies Netz Süd“ an das bayerische Innenministerium gewandt und wollte in einer schriftlichen Anfrage wissen, welche strafrechtlich relevanten Erkenntnisse über die „Freie Nationalisten Weißenburg“ gewonnen werden konnten.

Wie berichtet, hat es auch in Weißenburg eine Hausdurchsuchung gegeben. Die Fahnder haben die Wohnung des führenden Aktivisten der „Freie Nationalisten Weißenburg“ unter die Lupe genommen. Den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge treten diese Rechtsradikalen seit Jahren im westmittelfränkischen Raum sowie bayernweit auf und haben sich dem Neonazi-Netzwerk „Freies Netz Süd“ angegliedert (*wir berichteten*).

Auf ihrer Homepage betreiben die Freien Nationalisten Hetze gegen Migranten und örtliche Nazigegner, schreibt Landtagsabgeordnete Christa Naaß und erinnert an Übergriffe auf das selbst verwaltete Jugendzentrum in Weißenburg im November 2011. Das Landkreisbündnis gegen Rechts habe bereits zahlreiche Anzeigen und Strafanträge gegen die „Freie Nationalisten Weißenburg“ gestellt, die allerdings in vielen Fällen zu keinen Ergebnissen geführt hätten. Entweder konnten die Täter nicht ermittelt werden oder es war kein Verantwortlicher für die von den Freien Nationalisten betriebene Homepage ausfindig zu machen.

Vom Innenministerium erwartet die SPD-Politikerin Angaben, welche Erkenntnisse über die Aktivitäten der Weißenburger Neonazi-Gruppe durch die Razzia gewonnen wurden und was man über die Zusammenarbeit der Freien Nationalisten mit dem „Freies Netz Süd“ weiß. Auf die Nachfrage des *Weißenburger Tagblatts* vor wenigen Tagen hatten sich Innenministerium und Landeskriminalamt hierzu ausgeschwiegen.

„Wie schätzt das Innenministerium die Gefährlichkeit der ‚Freien Nationalisten Weißenburg‘ ein?“, will Naaß wissen. Und sie fragt, ob ein Verbot des „Freies Netz Süd“ sich lediglich auf den „Dachverband“ beschränken solle oder ob auch daran gedacht ist, die etwa 20 Unterorganisationen, darunter die Weißenburger FN-Gruppe, zu verbieten.